

# QUARTALSBERICHT

**Projektland:      Tansania**

**Quartal/Jahr:     IV/2012**

## SCHLAGZEILEN

1. **Grenzstreitigkeiten zwischen Tansania und Malawi**
2. **Parteitag CCM**
3. **Die Befragung der tansanischen Bevölkerung durch die Verfassungskommission wurde auf Sansibar beendet**
4. **Politische Situation auf Sansibar**
5. **Erste Anzeichen für religiöse Spannungen**
6. **Eröffnung des neuen EAC-Gebäudes-Zentrale in Arusha**
7. **Berichte des Untersuchungsausschusses über die Tötung eines Journalisten durch die Polizei wurden veröffentlicht**
8. **Erstes Ergebnis des Zensus 2012**

### 1. **Grenzstreitigkeiten zwischen Tansania und Malawi**

Hintergrund des Disputs ist, dass Malawi den gesamten Malawisee als sein Territorium betrachtet und sich dabei auf Grenzziehungen aus der Kolonialzeit von 1890 beruft. Tansania hingegen beansprucht gemäß internationalen Regelungen die Hälfte des Sees. Der Konflikt gewann in 2012 an Spannung, nachdem im Malawisee reiche Öl- und Gasvorkommen entdeckt wurden, welche von der malawischen Regierung ökonomisch genutzt werden wollten, aber auf dem Gebiet, das Tansania beansprucht, verortet waren. Der Konflikt blieb bisher ohne Gewalt, konnte aber seit Ausbruch der Grenzstreitigkeiten nicht bilateral gelöst werden. Daher einigten sich beide Staaten, Mosambiks Ex-Präsidenten Joachim Chissano bei weiteren Gesprächen offiziell als Vermittler anzuerkennen. Eine entsprechende Anfrage wurde von beiden Außenministern, Ephraim Chiume (Malawi) und Bernard Membe (Tansania), am 21. Dezember Chissano persönlich übergeben. Er ist derzeit Vorsitzender des Forums of Former African Head of State and Governments, ein Gremium von ehemaligen demokratischen gewählten Präsidenten der SADC-Staaten. Es ist vorgesehen, dass das Forum unter Leitung von Chissano eine Empfehlung innerhalb der nächsten vier Monate ausspricht. Der ehemalige Präsident nahm in Namen des Forums die Anfrage an und versprach, zügig eine Lösung des Streitigkeiten anzugehen.

## 2. Parteitag CCM

Vom 13. bis 15. November fand der 8. Parteitag (National Congress) der Regierungspartei CCM (Chama cha Mapinduzi) in Dodoma mit über 2.000 Delegierten und 700 eingeladen Gästen statt. Der alle fünf Jahre stattfindenden Veranstaltung gingen seit Februar 2012 interne Wahlen bis auf unterste Ebene voraus, um unter anderem das NEC (National Election Committee) und damit die Parteiführung innerhalb von CCM zu bestimmen. Dabei wurde das Mittel der parteiinternen demokratischen Wahl zum ersten Mal verwendet.

Wie erwartet wurde Präsident Kikwete als Parteivorsitzender bis 2017 mit 2,395 von 2,397 Stimmen der Generalversammlung wiedergewählt. Der Sansibarische Präsident Ali Mohammed Shein wurde als stellv. Parteivorsitzender für Sansibar erneut bestätigt. Eine Änderung der Parteiführung erfolgte mit der Ablösung des stellvertretenden Vorsitzenden Pius Msweka für das Festland durch Philip Mangula. Der ehemalige Parlamentssprecher Msweka ist bereits über siebzig weshalb die Auswechslung eher altersbedingt als politisch zu sehen ist, insbesondere in Anbetracht der kommenden Herausforderungen. Neuer Generalsekretär wurde Abdulrahman Kinana, welche nun die Partei auf die nächsten Wahlen vorbereiten soll. Kinana war der Wahlkampfmanager Kikwetes 2005 und 2010, ist NEC-Mitglied seit über 25 Jahren und als ehemaliger Armeeeoffizier und Verteidigungsminister auch nicht nur innerhalb der Partei gut vernetzt.

Kikwete betonte, dass es nun die erste Aufgabe sei, das Bild der Partei in der Öffentlichkeit zu verbessern. Aufgrund der in den Medien berichteten Korruptionsvorfälle innerhalb von CCM, die bei den interne Wahlen stattgefunden und erheblich dem Ansehen der Partei in der Öffentlichkeit geschadet haben, sieht sich die Parteiführung nun in der Pflicht zu handeln. Die Führungsebene hat bereits Reformansätze zu Beginn des Jahres auf den Weg gebracht, welche nun forciert werden sollen. Angesichts der kommenden Wahlen in 2015 sei dies ernst zu nehmen.

Mangula fügte auf dem Parteitag der CCM hinzu, dass nun aktiv gegen Korruption vorgegangen werden müsse und es zudem notwendig sei, die Partei von Korruption zu befreien. Es wolle interne Untersuchungen in den nächsten sechs Monaten durchführen und korrupte Parteimitglieder aus Partei werfen lassen.

## 3. Die Befragung der tansanischen Bevölkerung durch die Verfassungskommission wurde auf Sansibar beendet

Die Verfassungskommission hat bis Ende des Jahres die Befragung der Bevölkerung abgeschlossen. Sie endete im Dezember auf Sansibar. Anfang 2013 werden nun die Meinungen der Vertreter der Zivilgesellschaft, religiöser Führer und politischer Parteien eingeholt. Der Leiter der Kommission Warioba unterstrich im Dezember mehrmals gemäß Medienberichten, dass keine Thematik außen vorgelassen werde. So wurden auch Meinungen gehört und aufgenommen die das Verhältnis des Festlands gegenüber Sansibar betreffen. Gleichfalls monierte Warioba, dass die politischen Parteien in Sansibar versuchten, die Bevölkerung zu beeinflussen, was diese vor der Kommission für Empfehlungen abgeben sollen. Ähnliche Verhaltensweisen konnten



gemäß Zeitungsberichten von religiösen Gruppierungen zuvor auf dem Festland beobachtet werden. Bei den landesweiten Befragungen sei es zudem teilweise zu verbalen Ausschreitungen gekommen, wenn kontroverse Themen angesprochen wurden, welche letztendlich jedoch nicht eskalierten.

Der bisherige Prozess an sich ist bereits als ein Erfolg anzusehen, da dieser zur Folge hat, dass landesweit die Bevölkerung durch die offizielle Befragung für die politischen Verhältnisse in Tansania sensibilisiert und damit informiert wird. Als Garant für eine zuverlässige und gute Durchführung ist der Leiter der Kommission Warioba (CRC Consitution Review Commission) anzusehen, welcher regelmäßig Fehlverhalten und Missstände offiziell thematisierte und monierte. Es bleibt festzuhalten, dass die umfassende Einbindung der einfachen Bevölkerung ein urdemokratisches Mittel ist, dessen Umsetzung in Tansania entsprechende Anerkennung verdient. Die gute finanzielle Ausstattung der CRC unterstützte entsprechend die gute Umsetzung, wenn man von wenigen Kritikpunkten absieht. Die Regierung hat Anstrengungen unternommen, den Prozess zu unterstützen: so hat sie die gedruckte Verfassung, wenn auch in relativ geringer Zahl, an die Bevölkerung verteilt. Es bleibt zu hoffen, dass der anschließende politische und damit entscheidende Prozess der Ausarbeitung sich daran orientieren wird.

#### **4. Politische Situation auf Sansibar**

Im Rahmen der politischen Diskussion, angeheizt durch die Arbeit der Verfassungskommission vor Ort, wurde die zukünftige Positionierung Sansibars in der Union auf der Insel kontrovers thematisiert. Dabei gehen die Meinungen innerhalb der sansibarischen Unionsregierung auseinander. Während der amtierende Präsident Sansibars Ali Mohammed Shein, gestellt von CCM, die derzeitige Union in der jetzigen Form favorisiert, unterstützt der CUF-Generalsekretär, Parteivorsitzender und erster stellv. Vizepräsident Seif Sharif Hamad, offenkundig die Autonomiebestrebungen Sansibars. Politische Spannungen zwischen den Koalitionspartnern resultierten auch aus der im November geäußerten Kritik von Seif, nicht nur an der Politik des amtierenden Präsidenten im Sicherheitsbereich. Die Sicherheitslage sei enttäuschend und er klagte zudem den Sicherheitsapparat an, dass dieser regelmäßig gegen Menschenrechte und Rechte der Bürger verstoße. Dabei monierte er ausdrücklich, gemäß Zeitungsberichten, dass einzelne Politiker Polizeibeamte dazu verwenden. Spekulationen über einen Bruch der Koalition erteilte er eine Absage, indem er, trotz der öffentlichen Kritik, die Festigkeit der Koalitionsregierung bekräftigte.

Sansibar besitzt im Unionsparlament eine überproportionale Repräsentation und profitiert auch finanziell von der Union. Es ist davon auszugehen, dass eine wirtschaftliche Exploration der vermuteten Öl- und Erdgasvorkommen an den Küsten Sansibars erst in Jahren möglich ist. Es bleibt daher zu vermuten, dass die Frage der Selbstständigkeit nicht finanziell, sondern politisch motiviert sei. Mag sein, dass sich die CUF erhofft, durch eine Autonomie die CCM auf Sansibar zu isolieren und somit langfristig bei Wahlen die Mehrheit zu erhalten.

Auf dem Festland Tanganyika wird die Union offenkundig unterstützt. Im Gegensatz zu Sansibar stellten politische Stimmen mehrfach in Frage, ob der Verfassungsprozess überhaupt die Frage der Union stellen soll bzw. darf.

## 5. Erste Anzeichen für religiöse Spannungen

War es doch bis dato ein Merkmal Tansanias, dass hier der christliche und muslimische Glaube prinzipiell problemlos nebeneinander praktiziert werden konnte und auch im alltäglichen Leben eine eher untergeordnete Rolle spielte, so gibt es nunmehr Anzeichen dafür, dass man zunehmend von einem unterschweligen Konflikt sprechen kann. Angestoßen durch den Verfassungsprozess flammte die Frage der Unabhängigkeit Sansibars auf. Stimmen wurden laut, die dabei einen islamischen, eigenständigen Staat fordern. Einem daraus resultierenden ersten Ausbruch der Gewalt, beeinflusst durch die islamische Umasho-Bewegung in Sansibar, im Mai, folgten weitere Ausschreitungen des unterschweligen Konflikts in Dar es Salaam im Oktober. Es begann laut Medienberichten damit, dass ein dreizehnjähriger Jugendlicher, veranlasst durch eine Diskussion mit seinem islamischen Freund, auf die Ausgabe des Korans uriniert haben soll. Ein Versuch, den Vorfall familienintern zu handhaben, scheiterte. Da die Tat beobachtet wurde und der Vorfall sich schnell verbreitete, führte dies letztendlich dazu, dass die Polizei den Jugendlichen in Gewahrsam nahm, um ihn, offiziellen Angaben zur Folge, zu schützen. Nach dem Freitagsgebet forderte am 12. Oktober eine aufgeheizte Gruppe vor der Polizeistation dessen Freilassung, um ihn für die Gotteslästerung zur Rechenschaft zu ziehen. Nachdem die Polizei den Forderungen nicht nachgab, kam es zu Gewaltausschreitungen, bei denen die radikalisierten Gruppen die Polizeistation angriffen und fünf Kirchen in Brand gesteckt hatten. Über 120 Menschen wurden in Folge dessen festgenommen. Dem Vorfall folgten auch weitere Angriffe auf christliche Einrichtungen in anderen Teilen des Landes. Die christlichen Kirchen hielten sich mit einer Kommentierung der Vorfälle zurück, um die Situation nicht zu verschärfen.

Aufgrund der Ereignisse im Jahr 2012 wurde Tansania im aktuellen Rating der Organisation "Open Doors - Im Dienst der verfolgten Christen weltweit" erstmals erfasst. Tansanias Nennung erfolgte neu auf dem Weltverfolgungsindex.<sup>1</sup>

Ein weiteres Indiz für die aktuelle Spannung war die Entscheidung der tansanischen Regierung bei der Durchführung des Zensus im Jahr 2012 die religiöse Frage außen vor zu lassen. Insbesondere islamische Gruppierungen hatten die Regierung damals aufgefordert, die Frage in den Zensus aufzunehmen.

## 6. Eröffnung des neuen EAC-Gebäudes-Zentrale in Arusha

Am 28. November wurde das neue EAC-Hauptgebäude in Arusha feierlich von den Staatspräsidenten der Mitgliedsstaaten eröffnet. Die East Africa Community (EAC) besteht aus Burundi, Kenia, Rwanda, Tansania und Uganda. Das neue EAC-Gebäude vereint die wichtigsten EAC-Institutionen unter einem Dach: das EAC-Sekretariat, die parlamentarische Versammlung und den Gerichtshof und symbolisiert damit den fortschreitenden Integrationsprozess innerhalb der EAC. Daher mag es wohl Anhänger des EAC enttäuscht haben, dass der ruandische Präsident Kagame und der ugandische Präsident Museveni nicht an der Eröffnung aus terminlichen Gründen teilnehmen konnten.

Die Planung des Hauptquartiers begann am 20. November 2009. Am 28. Januar 2013 folgten die ersten Bauarbeiten. Die deutsche Bundesregierung hat das gesamte Bauvorhaben im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit der EAC

<sup>1</sup> <http://www.opendoors.de/verfolgung/laenderprofile/tansania/>  
Hanns-Seidel-Stiftung, Quartalsbericht, Tansania, IV/2012



mit einem Betrag von 14,8 Millionen Euro vollständig finanziert. Zur Einweihung waren von Seiten der Bundesregierung die Afrikadirektoren des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Egon Kochanke und Frau Ursula Mikota, vertreten.

## **7. Berichte des Untersuchungsausschusses über die Tötung eines Journalisten durch die Polizei**

Zur Aufklärung der Tötung des Journalisten David Mwangosi von dem Fernsehsender Channel Ten am 2. September in Iringa durch Polizeigewalt, veröffentlichte der eingesetzte Untersuchungsausschuss des Innenministeriums unter dem Vorsitz des ehemaligen Richters Amir Manento ihren Bericht am 8. Oktober. In den tansanischen Medien kursierte im September ein Foto, welches eine Gruppe von Polizisten zeigt, die den besagten Journalisten auf den Boden drückt und ein Polizist eine Tränengaswaffe auf den am Boden liegenden Mann richtet, mit dem Hinweis, dass dies die besagte Situation sei. Aufgrund des anstehenden Gerichtsprozesses dürfen Details nicht veröffentlicht werden, um den Gerichtsprozess gegen den mittlerweile angeklagten Polizisten nicht zu gefährden, so Innenminister Emmanuel Nchimbi auf der Pressekonferenz. Im Ergebnis kommt der Bericht zum Schluss, dass aufgrund des damals vorherrschenden Chaos und der Weigerung der Oppositionspartei, den Anweisungen der Polizei zu folgen, es zu dem Unglück kam. Der offizielle Bericht macht letztendlich das Verhalten der Oppositionspartei als Auslöser für den Vorfall verantwortlich und spricht von einem Fehlverhalten eines einzelnen Polizisten.

Einen Tag später veröffentlichte die Medienvereinigung Media Council of Tanzania (MCT) einen eigenen Bericht, da sie die Unabhängigkeit des offiziellen Untersuchungsausschuss erheblich anzweifelte. Beide Berichte weichen inhaltlich stark voneinander ab. Der MCT-Bericht kam zum Ergebnis, dass der Journalist in den Händen der Polizei unter der Einsatzleitung des Regional Police Commander Michael Kamuhanda gezielt ums Leben kam und berichtete zudem von schlechten Beziehungen zwischen der Polizei und den Medien vor Ort. Ebenso wird von weiteren Gewaltanwendungen gegen Journalisten gesprochen. Der Täter wurde unter Arrest gestellt und unter entsprechende Anklage gestellt. Der Gerichtsprozess befindet sich derzeit in Vorbereitung.

## **8. Erstes Ergebnis des Zensus 2012**

Am 26. August 2012 wurde die erste Volkszählung seit 2002 begonnen. Der landesweite Zensus dauerte etwa zwei Wochen. Abgesehen von kleineren Vorfällen konnte die Befragung erfolgreich durchgeführt werden. Für die Durchführung wurden etwa 140 Milliarden TSH, veranschlagt. Das dafür zuständige nationale Büro für Statistiken (National Bureau of Statistics – NBS<sup>2</sup>) ermittelte die offizielle Bevölkerungszahl Tansanias, die Präsident Kikwete am 31.12.2012 feierlich auf dem Mnazi Mmoja Garten in Dar es Salaam veröffentlichte:

44.929.002: 43.625.434 Festland und 1.303.568 auf Sansibar

---

<sup>2</sup> <http://www.nbs.go.tz/>

Hanns-Seidel-Stiftung, Quartalsbericht, Tansania, IV/2012

Es handelte sich um den fünften durchgeführten Zensus. Die vorherigen Volkszählungen ergaben folgende Ergebnisse:

1967:	12.313.469
1978:	17.512.610
1988:	23.095.885
2002:	34.443.603

Schätzungen zur Folge wird Tansania in drei Jahren die 50 Mio. Grenze überschritten haben. Dies bedeutet, dass die demographische Entwicklung einige Herausforderungen für das Entwicklungsland mit sich bringt. Insbesondere die Einbindung der Jugend wird ausschlaggebend für die Zukunft Tansanias sein.

Neben der einfachen Erfassung der Bevölkerung wurden auch persönliche Daten in Form eines Fragenkatalogs (mit insgesamt 60 Einzelfragen zu Ausbildung, Familienstand, Sprache, Arbeit, etc.) im Zensus zu statistischen Zwecken aufgenommen. Erste offizielle Ergebnisse der Auswertungen werden bis April erwartet. Ein Abschlussbericht soll in Juni veröffentlicht werden.

### **Konrad Teichert**

Der Autor ist Büroleiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Dar es Salaam, Tansania

#### **IMPRESSUM**

Erstellt: 10.01.2013

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [iz@hss.de](mailto:iz@hss.de) | [www.hss.de](http://www.hss.de)